

Handlungsempfehlungen

Straftaten

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt...

- **... in dem vom *Bundesministerium des Innern* herausgegebenen Verfassungsschutzbericht regelmäßig ein gesondertes Kapitel über Antisemitismus in die Berichtsteile zu allen Extremismus-Bereichen aufzunehmen und dort zudem die statistischen Angaben zu antisemitischen Straftaten wieder gesondert auszuweisen.**
Hierfür ist auch eine Trennung der Konzepte Vorurteilskriminalität und (Rechts-)Extremismus nötig, da die gemeinsame Kategorisierung zu stark auf das herkömmliche Bild des Rechtsextremismus fixiert bleibt, was zu Lasten der Erfassung von Vorurteilskriminalität führt.
- **... die Erfassung des gesamten Verfahrensablaufs von vorurteilsbasierten Delikten im Prozess der Strafverfolgung in einer Datenbank.**
Neben der Item-bezogenen Aufschlüsselung der Taten sollen hier auch Daten zu den Opfern und Täterinnen und Tätern solcher Straftaten und zum Ausgang von Strafverfahren (Einstellungen, Anklage- und Verurteilungsquoten, Verfahrensdauer, Strafmaß usw.) erfasst werden.
- **... Fortbildungen für Polizeibeamte und Verfassungsschutzmitarbeiterinnen und -mitarbeiter speziell zur Erfassung des antisemitischen Gehalts von Aussagen bzw. Aktionen zum Israel-Palästinenser-Konflikt im Themenfeld Bürgerkriege/Krisenherde anzubieten.**
- **... die Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Exekutivorganen (Polizeibehörden, Justiz) und NGOs sowie anderen Initiativen bei der Erfassung antisemitischer Straftaten.**
In diesem Rahmen soll auch geprüft werden, ob das in Großbritannien praktizierte Modell des »third party reporting« in Deutschland übernommen werden kann.
- **... die Durchführung einer Fallstudie zum Dunkelfeld antisemitisch motivierter Kriminalität.**
- **... die unabhängige Evaluierung des PMK-Erfassungssystems mit einer Überprüfung der theoretischen Grundlagen.**
Vor allem die verwendeten Definitionen und die vier Dimensionen (1) Deliktqualität, (2) Phänomenbereiche, (3) Themenfelder und (4) extremistischen Qualität sollen überprüft werden ebenso wie deren Anwendung in der Ermittlungspraxis.

Antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt...

- **... ein regelmäßiges, vom Bund finanziertes Monitoring antisemitischer Einstellungen in Form einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung sowie qualitativer Studien unter Berücksichtigung besonderer Bevölkerungsgruppen.**
Bislang gibt es kein regelmäßiges Monitoring. Durch private Stiftungen in Auftrag gegebene Studien fokussieren momentan nicht spezifisch auf das Thema Antisemitismus. Reine repräsentative Bevölkerungsumfragen ermöglichen zudem keine Auskunft über Antisemitismus bei einzelnen Bevölkerungsgruppen (z.B. eingewanderte oder junge Personen). Diese Bevölkerungsgruppen könnten z.B. durch ein gezieltes »Oversampling« bzw. durch ergänzende Studien auch in etwas größeren, aber regelmäßigen Abständen erreicht werden.

Ziel ist es auch, mittels qualitativer Untersuchungen, mehr über das sich wandelnde Verständnis von antisemitischen Facetten und Zugängen zum Thema sowie die sich ändernden individuellen Wissensbeständen und (auch generativ unterschiedlichen) Verarbeitungen zu erfahren. Von besonderem Interesse sind hier einerseits Studien zu den sich ändernden Sichtweisen junger Personen und andererseits zu den Sichtweisen von Personen mit »Migrationshintergrund«. Insbesondere ist hier auch die Frage zu stellen, inwieweit politische Prozesse in den Herkunftsländern Einfluss auf die hier lebende migrantische Bevölkerung haben und wie sich dies auf ihre Einstellungen auswirkt (z.B. Russland oder Türkei).

Erfahrungsräume und Perspektiven der jüdischen Bevölkerung im Umgang mit Antisemitismus

Auf- bzw. Ausbau von Melde- und Beratungsstrukturen

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt...

- **... der einzurichtenden Bund-Länder-Kommission zum Themenbereich Antisemitismus (→ zentrale Forderungen) sich für den Ausbau und die Förderung von Melde- und Informationsstellen zur Erfassung von antisemitischen Übergriffen, Vorfällen oder Straftaten einzusetzen.**
Hier kann und sollte an die Erfahrungen bestehender Informationsstellen angeknüpft bzw. ihre Expertise eingeholt werden. Namentlich ist hier RIAS in Berlin zu nennen. Wünschenswert ist die Ausweitung bestehender Meldestrukturen auf weitere Bundesländer bzw. Regionen, die für Betroffene zugänglich und möglichst leicht zu erreichen sind. Die erarbeiteten Qualitätskriterien, wie auch allgemeinverbindliche Vorgehensweisen bei der Erfassung und Falldokumentation, sind dabei zu beachten. Die Dokumentation sollte im besten Fall in einer gemeinsamen Plattform bzw. bei einer Sammelstelle zusammengeführt werden.
- **... der einzurichtenden Bund-Länder-Kommission zum Themenbereich Antisemitismus sich für den Aufbau von spezialisierten Beratungsstrukturen bzw. den Ausbau der Zusammenarbeit mit bestehenden Beratungsstrukturen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie Antidiskriminierungsberatungsstellen einzusetzen.**
Hier ist auch die Schulung von Mitarbeitenden in anderen allgemeinen Beratungs- und Antidiskriminierungsstellen wichtig, um die Inanspruchnahme der Erst- und Verweisberatung sicherzustellen. Hier gilt es, das Bewusstsein der Beraterinnen und Berater für den Alltagsantisemitismus zu schärfen und das Verständnis von Antisemitismus als Diskriminierung zu befördern. Bei der Opferberatung geht es sowohl um die Unterstützung von Betroffenen beim Erleben von Alltagsantisemitismus unterhalb einer strafrechtlichen Schwelle als auch um spezialisierte Beratung nach gewalttätigen Übergriffen.
- **... die Förderung und Ausweitung von Empowerment-Maßnahmen mindestens durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und die Landesprogramme zur Extremismusprävention.**
Hier sollten jüdische Träger, Institutionen oder Projekte gezielt gefördert werden, um stärkende Dialog- und Erfahrungsräume für Betroffene zu etablieren, die im Alltag auf unterschiedliche Art und Weise mit Antisemitismus konfrontiert sind.

Einbeziehung der jüdischen Perspektive in Gremien und bei der Präventionsarbeit

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt...

- **... die stärkere Einbindung von jüdischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Fachkräften und Institutionen in staatliche/zivilgesellschaftliche Gremien, die sich für Demokratieförderung einsetzen, Antisemitismus und Rassismus bekämpfen.**
- **... die stärkere Einbeziehung jüdischer Perspektiven und Expertisen in die verschiedenen Förderprogramme historisch-politischer Bildung, Antisemitismusprävention und Intervention.**
Für beide Empfehlungen gilt, das Recht von Jüdinnen und Juden auf Mitbestimmung bei der Definition und Erfassung von Antisemitismus anzuerkennen und in die politischen Verhandlungen einzubeziehen.

Diskrepanzen bei der Definition von Antisemitismus werden bisher zumeist – wie auch bei anderen Abwertungs- und Ausgrenzungsphänomenen – viel eher als »abweichende Ansicht« der betroffenen Minderheit betrachtet und viel zu selten als ein relevanter Wahrnehmungs- und Erfahrungsraum, der bei der Begriffsbestimmung mitberücksichtigt sein muss.

Forschung

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt...

- **... die Initiierung und Förderung von interdisziplinären Studien mit qualitativer und quantitativer Ausrichtung zu den Perspektiven, Erfahrungen, Wahrnehmungen und Expertisen von Jüdinnen und Juden im Hinblick auf Antisemitismus.**
Die Erfassung jüdischer Perspektiven auf Antisemitismus soll in regelmäßigen Abständen gewährleistet werden, um die Daten aus den Befragungen der nicht-jüdischen Mehrheitsbevölkerung um diese Dimension zu erweitern und Hinweise auf Entwicklungen oder neue Phänomene entdecken und empirisch absichern zu können. Empirisch gesehen gibt es hier ein vergleichsweise großes Forschungsdesiderat, das zu beheben gilt.
- **... die Initiierung und Förderung anwendungsorientierter Grundlagenforschung und praxisbegleitender Forschung zu Präventionsmaßnahmen, die nicht nur als gering finanzierte**

Begleitforschung oder nachträgliche Evaluation erfolgt, sondern als ein eigenständiges Feld gewertet und finanziell gesichert wird. Gezielte Ausschreibungen im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« und/oder des *Bundesministeriums für Forschung und Wissenschaft* wären erforderlich.

Medialer Diskurs

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt...

- ... ein Monitoring der sozialen Netzwerke durch staatliche Stellen und NGOs, deren Ergebnisse von den Landeskriminalämtern und dem BKA genutzt werden.
Ein systematisches Monitoring inklusive einer entsprechenden Analyse der Sozialen Medien ist technisch möglich, bedarf aber finanzieller Unterstützung, um das entsprechende Personal zur Verfügung stellen zu können.
- ... die Erhöhung des Drucks auf die Plattformbetreiber durch das *Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz* sowie die Durchsetzung des Maßnahmenkatalogs, der im Dezember 2015 zusammengestellt wurde.
Dies sollte durch eine interministerielle Initiative gestützt werden, die Mechanismen schafft, um antisemitische und diskriminierende Inhalte besser melden und anschließend löschen zu können.
- ... die Nutzung bereits vorhandener und neuer Instrumente, um Social Bots und Fake-Accounts, die zur Verbreitung von antisemitischer »Hate Speech« genutzt werden, löschen zu können.
- ... die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der großen Kommunikations-Plattformen, um auch neuere Formen des Antisemitismus sowie antisemitische Chiffren erkennen und löschen zu können.
- ... die Stärkung von Akteuren der Zivilgesellschaft, um »Hate Speech« im Internet entgegenzutreten zu können, z.B. durch entsprechende Förderprogramme des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*.
- ... die gezielte Förderung von Counter Speech z.B. in Form von Journalisten als »Faktencheckern«, um Lügen direkt entlarven zu können und eine weitere Verbreitung zu verhindern.
- ... die Unterstützung und Aufrechterhaltung einer kritischen fremdsprachlichen Medienberichterstattung durch den *Rundfunk- und Fernsehrat*, um den verschiedenen migrantischen Communities in Deutschland ein kritisches Gegengewicht zu einer propagandistischen Medienberichterstattung der Herkunftsländer anbieten zu können.

Antisemitismus und Parteien

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt...

- ... allen Parteien regelmäßige Selbst- und Fremdevaluationen zu Aktivitäten der Parteien gegen Antisemitismus sowie zu Antisemitismus in den eigenen Reihen
Die demokratischen Parteien sollten sich (1) regelmäßig mit der Frage beschäftigen, welche Aktivitäten sie gegen aktuellen Antisemitismus unternehmen und inwieweit hier u.a. die Empfehlungen des *Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus* Berücksichtigung finden und (2) von sich aus und selbstkritisch mit möglichen antisemitischen Tendenzen in den eigenen Reihen beschäftigen und derartige Vorkommnisse nicht nur offensiv bei anderen konkurrierenden Parteien strategisch instrumentalisieren.
- ... die Gründung einer fraktionsübergreifenden Parlamentariergruppe im Bundestag und den Landtagen, die sich mit Fragen zum Antisemitismus beschäftigt und dazu in regelmäßigen Abständen einen Bericht veröffentlicht.
- ... der Partei *Die Linke*, die bei einigen Mitgliedern bestehenden israelfeindlichen Tendenzen parteiintern kritisch zu beobachten und auf antisemitischen Tendenzen hin zu überprüfen.
- ... der Partei *Alternative für Deutschland* einen klaren Trennungsstrich zu sich antisemitisch äußernden Abgeordneten und Tendenzen in der Partei zu ziehen, sofern sie sich als anti-antisemitisch und demokratisch verstehen will.

Antisemitismus in politischen Bewegungen und Organisationen

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt...

- ... in dem vom *Bundesministerium des Inneren* herausgegebenen Verfassungsschutzjahresbericht wieder ein gesondertes Kapitel »Antisemitismus im Rechtsextremismus« aufzunehmen (→ Handlungsempfehlungen Straftaten).
- ... in die von den Landensinnenministerien bzw. –senaten herausgegebenen Verfassungsschutzjahresberichte im Bereich Extremismus ein Kapitel zum Antisemitismus in den jeweiligen Phänomenbereichen aufzunehmen.
- ... der *Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien* darauf zu achten, dass antisemitische Aussagen nicht nur in der bekannten »Rechts-Rock«-Musik, sondern auch in rechtsextremistischer Rap-Musik und anderen Stilrichtungen der Musik vorkommen.
Hier sind auch Medienanstalten aufgefordert kritisch zu überprüfen, welche Interpreten sie spielen und bei sich auftreten lassen.
- ... den politischen Stiftungen bei ihren Bildungsangeboten nicht nur Antisemitismus im Kontext des Holocaust oder des Rechtsextremismus, sondern auch bezogen auf seine aktuellen Erscheinungsformen (z.B. Israelfeindlichkeit) zu behandeln.
Hier gilt es auch Erscheinungsformen im Blick zu haben, die rechtsextreme Inhalte über modernisierte Begrifflichkeiten vermitteln.
- ... die finanzielle Unterstützung einer Bewegungsforschung, die sich auch mit antisemitischen Strömungen innerhalb alter und neuer politischer Bewegungen auseinandersetzt.

Handlungsempfehlungen – Antisemitismus und Religion

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt...

- ... zum Ende des 2017 anstehenden »Lutherjahres« retrospektiv die zu erwartenden Diskussionen über das Verhältnis der Evangelischen Kirche zu Juden und Judentum zu analysieren und in einem gesonderten Bericht zu evaluieren.
- ... die Durchführung von qualitativen und quantitativen Studien zu fördern, um bislang fehlende empirisch gestützte Erkenntnisse über die Verbreitung und Ausformung von Antisemitismus auf Gemeindeebene der evangelischen und katholischen Kirche sowie den Freikirchen zu erlangen.
- ... der einzurichtenden Bund-Länder-Kommission staatsvertragliche Regelungen zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus im Bereich Religion (unter Berücksichtigung der hier vertretenen großen Religionsgemeinschaften) zu schaffen.
- ... die Erkenntnisse der deutsch-israelischen Schulbuchkommission ernst zu nehmen.
- ... eine gezielte Förderung von Moscheegemeinden, muslimischen Trägern, Institutionen und Projekten, die konkrete Maßnahmen im Bereich der interkulturellen und interreligiösen Begegnungs- und Dialogarbeit mit jüdischen Partnern sowie Trägern der politischen Bildung gegen Antisemitismus durchführen.
Das Zusammendenken von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus schafft neue Möglichkeiten für die Bekämpfung des Antisemitismus.
- ... die Würdigung der Dialogarbeit vieler Imame im Kampf gegen Antisemitismus und die Einbeziehung ihrer Erfahrungen für die weitere antisemitismuskritische Arbeit auch in anderen muslimischen Gemeinden.
- ... die Fokussierung auf Themen zur Sensibilisierung gegen Antisemitismus in muslimischen Gemeinden, die Gemeinsamkeiten von Islam und Judentum hervorheben.

Antisemitismus bei Geflüchteten

Forschung

Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus empfiehlt...

- **... die Initiierung, Durchführung und Förderung von Forschung zu Antisemitismus unter Geflüchteten, die mindestens durch das Bundesamt für Migration und Geflüchtete geleistet werden sollte.**

Bislang fehlt es an empirisch gestützten Erkenntnissen über die Verbreitung und Ausformung von Antisemitismus bei Geflüchteten. Gefragt sind sowohl qualitative als auch quantitative Studien, im besten Fall eine Verbindung aus beiden, ggf. kann Fragestellung zunächst auch in eine bereits angelaufene Langzeitstudie integriert werden. Im Forschungsdesign sowie der Auswertung ist es erforderlich, die sehr große Heterogenität dieser Zielgruppe zu berücksichtigen. Ferner sollten dabei Einflussfaktoren auf antisemitische Einstellungen systematisch untersucht werden. Dazu gehören u.a. religiöse, nationale und ethnische Identitäten und Sozialisierungserfahrungen, aber insbesondere auch Besonderheiten der Erfahrungen und Lebenssituation als Geflüchtete, ebenso zu berücksichtigen sind Marginalisierungs- und Diskriminierungserfahrungen in Deutschland. Außerdem sollten hier auch die vermittelten Wissensbestände und Informationen mit antisemitischen Inhalten, die Geflüchtete aus ihren Herkunftsländern mitbringen bzw. durch Medien, die sie hier nutzen, erreichen, analysiert werden.

- **... die Untersuchung des Wissens und der Einstellung unter Ehrenamtlichen und Unterstützerinnen von Geflüchteten im Rahmen der Forschung zum Ehrenamt.**

Ehrenamtlichen und Unterstützerinnen sind häufig die wichtigsten Kontaktpersonen für Geflüchtete, daher ist es von zentralem Interesse mehr darüber zu erfahren, was sie in Zusammenhang mit dem Thema Antisemitismus weitergeben. Die Erkenntnisse sollten auch bei der Schulung von Ehrenamtlichen Verwendung finden.

Politische Bildung

Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus empfiehlt...

- **... die Vernetzung und den professionellen Erfahrungsaustausch von Wissenschaft, Praxis und insbesondere Trägern der historisch-politischen Bildung zum Thema Flucht und Antisemitismus; gefragt sind hier insbesondere die Förder- und Bildungsprogramme von Bund und Ländern.**

Hier gilt es, in neu entwickelte oder bestehende Vernetzungen Erkenntnisse zu Antisemitismus bei Geflüchteten und ggf. auch unter Ehrenamtlichen einzubringen und einen interdisziplinären Fachaustausch über den Zuschnitt von Bildungsangeboten zu initiieren.

- **... die Anerkennung von Geflüchtete als politisch Denkende und Handelnde mindestens in den Bildungsprogrammen von Bund und Ländern.**

Hier gilt es, Geflüchtete als politisch Denkende und Handelnde mit ihren eigenen Erfahrungen und Perspektiven ernst zu nehmen, ihre Bildungsinteressen zu berücksichtigen, an herkunftsspezifisches Wissen und antisemitische Narrative anzuknüpfen und die politischen Diskussionen zu befördern. Dies sollte stets unter Einbeziehung ihrer Lebenssituation (unsicherer Aufenthaltsstatus, traumatische Fluchterfahrungen, Herkunftskontexte und Motivationslagen) geschehen. Mögliche Ansatzpunkte sind die Befürwortung demokratischer und menschenrechtlicher Werte, die Stärkung der sich aus den Biografien ergebenden Empathie und bei Jugendlichen das große Interesse an der eigenen Identität und die hohe Motivation, Neues zu lernen, das Land zu verstehen und sich zu integrieren.

Medien

Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus empfiehlt...

- **... eine noch größere Bereitstellung, Verbreitung und Zugänglichkeit von Information und Angeboten für Geflüchtete auch in den jeweiligen Landessprachen; gefragt sind hier mindestens die öffentlich-rechtlichen Medien und die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung.**

Ziel sollte es sein, möglichst viele Menschen mit Fluchterfahrungen zu erreichen. Das gilt ebenso für Information und Angebote der politischen Bildung im Zusammenhang mit Antisemitismus. V.a. das Fernsehen, das viele Geflüchtete erreicht, sollte muttersprachliche Artikel und Sendungen anbieten – das gilt v.a. für politische Formate. Geflüchtete sollten dabei auch aktiv in die Medienproduktion einbezogen werden. Viele von ihnen bringen Medienkompetenzen mit, die für den Aufbau neuer Formate und Plattformen genutzt werden könnten.

Handlungsempfehlungen – Prävention und Intervention

Empfehlungen zur Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Prävention

Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus empfiehlt...

- **... die Arbeit der interministeriellen Arbeitsgruppe zur Schaffung einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie zur Extremismusbekämpfung und Demokratieförderung über die Legislaturperiode hinaus weiter zu führen unter Einbezug aller für den gegenwärtigen Antisemitismus relevanten Ressorts, insbesondere auch dem BMJV, dem BMBF und dem Auswärtigen Amt.**
Der gegenwärtige Antisemitismus muss im Nationalen Aktionsplan eine eigenständige Erwähnung finden. Das Bundesprogramm »Demokratie leben!« allein reicht nicht aus, um Antisemitismus auf allen Ebenen zu begegnen.
- **... den Ausbau und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und nicht-staatlichen Organisationen, um das koordinierte Zusammenwirken der unterschiedlichen Akteure in Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft nachhaltig zu unterstützen.**
Die durch das Bundesprogramm »Demokratie leben!« initiierten Strukturen (Landes-Demokratiezentren, Partnerschaften für Demokratie u.a.) sollten Antisemitismus unter Berücksichtigung seiner unterschiedlichen Erscheinungsformen stärker in ihrer Arbeit berücksichtigen.
- **... die nachhaltige Förderung fester, langfristiger Kooperationen zwischen Regelinstitutionen – Schulen, Träger der Kinder- und Jugendhilfe, konfessionelle Träger, Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, Jugend- und Sozialämter –, und spezialisierten Bildungsträgern.**
Die im Rahmen der Bundesprogramme entstandenen Strukturen können hier wichtige Bedingungen für das Gelingen der Präventionsarbeit schaffen. Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ist dabei unerlässlich.
- **... den vielfältigen Bestand an pädagogischen Handlungsmöglichkeiten inklusive praktisch-methodischer Vorschläge weiter auszubauen und kostenfrei zugänglich zu machen.**
Basis könnte die Vielfalt-Mediathek »Bildungsmedien gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt« des IDA e.V. und DGB Bildungswerkes bilden. Jedoch müsste hier der Themenbereich Antisemitismus deutlich erweitert werden.
- **... die institutionelle Förderung von Trägern/Zentren, die bestehende Ansätze evaluieren, im Hinblick auf ihre Wirksamkeit bewerten, zugänglich machen und aktiv (und immer wieder neu) bewerben.**
Als »Vernetzungsknoten« könnten diese Träger/Zentren aktuelle Forschungen und Evaluationen auswerten und die Ergebnisse in die Praxis einspeisen. Sie könnten ferner eigene Evaluationen über längere Zeiträume, durchführen, eine Übersicht über Träger und Institutionen des Arbeitsfeldes aktuell halten und neue trägerübergreifende Fortbildungen initiieren. Das Bundesprogramm »Demokratie leben!« (BMFSFJ) könnte hierfür entsprechende Mittel zur Verfügung stellen.

Empfehlungen für die Bildungsarbeit

Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus empfiehlt...

- **... den Bereich Prävention durch Bildung breiter zu verstehen und mit Intervention zusammen zu denken. Prävention sollte eine Kombination aus Bildung und Beratung sein. Dazu sind spezifische Kompetenzen, interdisziplinäre Bündnisse und Kooperationen (bspw. mit Opferberatungsstellen) sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendsozialarbeit, Jugendhilfe, Polizei und Justiz nötig.**
Der Bereich Intervention sollte zudem stärker in den Fokus gerückt werden. Zusätzlich zur Vorbeugung antisemitischer Einstellungen sollen Alltagserfahrungen mit Antisemitismus berücksichtigt, Opferschutz gewährleistet und antisemitische Vorfälle konsequent bearbeitet werden.
- **... die Antisemitismusprävention als ein eigenständiges (pädagogisches) Handlungsfeld aus zu bauen und stärker zu fördern.**
Dies betrifft sowohl die Forschung als auch die Praxis der schulischen wie auch außerschulischen Bildung und Sozialarbeit und gilt v.a. für die Weiterentwicklung theoretischer und methodischer Grundlagen.
- **... eine stärkere Verzahnung von post-kolonialen, rassismuskritischen und antisemitismuskritischen Ansätzen mit dem Ziel der Weiterentwicklung einer interdisziplinären und differenzsensiblen Bildungsarbeit, die über die konstruierten »Gruppen« der GMF hinaus geht (Intersektionalität).**
Das Zusammendenken von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus kann insbesondere in der Arbeit mit muslimische sozialisierten Zielgruppen mögliche Stigmatisierungsgänge und Abwehrreaktionen verringern und damit die Bereitschaft erzeugen, sich kritisch mit Antisemitismus auseinanderzusetzen. Die Berücksichtigung von Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Phänomenbereichen darf dabei nicht zur Relativierung der spezifischen Beschaffenheit von Antisemitismus führen. Vielmehr sollte die Verzahnung das Handlungsfeld bereichern, neue Impulse für die fachliche und methodische

Weiterentwicklung setzen sowie die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren der politischen Bildung – beispielsweise mit muslimischen Bildungsprojekten ausbauen und verstärken.

- **... die Bearbeitung des gegenwärtigen Antisemitismus unter Berücksichtigung historischer Entwicklungslinien und Hintergründe zu verfolgen.**
Der Einbezug historischer Perspektiven sollte dabei über eine Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust hinausgehen und auch die Folgen mit einbeziehen. Der Expertenkreis empfiehlt daher Projekte zu fördern, die sich speziell dieser Fragestellung widmen und darauf bezogene Ansätze erproben. Modellvorhaben dieser Art müssten nicht nur ein Förderschwerpunkt des Bundesprogramms »*Demokratie leben!*« sein, sondern auch im Rahmen anderer Programme – beispielsweise in der Gedenkstättenkonzeption der Bundesregierung (Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien) – gefördert werden.
- **... Dialog- und Begegnungsarbeit im jüdisch-muslimischen Kontext auszubauen und generell Kooperationen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bildungsträgern zu fördern.**
Begegnungs- und Dialogprojekte zwischen jüdischen und muslimischen Partnern sollten nicht allein auf den palästinensisch-israelischen Konflikt reduziert werden. Stattdessen sollten sie um weitere Aspekte, wie z.B. Identitätsfragen oder Diskriminierungserfahrungen erweitert werden. Für die Bearbeitung des Themas braucht es gegenseitiges Vertrauen und professionelle pädagogische Begleitung (→ Handlungsempfehlungen Religion). Es ist wichtig, dass sich die Partner sich auf Augenhöhe begegnen, die Beteiligten die Geschichte, Kultur, Religion des Partners kennenlernen.
- **... insbesondere Fort-, Weiter- und Ausbildungsangebote auszubauen und zu fördern, die sich der Fähigkeit zur (Selbst-)Reflexion der pädagogischen Fachkräfte widmen.**
Diese hat eine hohe Bedeutung für das Gelingen von Antisemitismusprävention durch schulische und außerschulische Bildung. Organisierte Selbstreflexion und Reflexion pädagogisch schwieriger Situationen sollte Teil der Qualitätssicherung sein und stärker gefördert werden, etwa durch trägerinterne oder trägerübergreifende Coachings oder Supervisionsangebote für die pädagogisch Verantwortlichen.

Empfehlungen für pädagogische Angebote und Handlungsfelder

Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus empfiehlt:

- **... die Kombination aus niedrigschwelligen Ansätzen und langfristigen pädagogischen Formaten.**
Um bei Lehrkräften, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ein Bewusstsein für verschiedene (insbesondere auch israelbezogene) Facetten von Antisemitismus zu stärken, Berührungängste abzubauen und die Relevanz des Antisemitismus zu verdeutlichen, können kurzfristig einsetzbare Interventionen gefördert werden, die z.B. nur einen geringen Zeitbedarf umfassen. Damit verbunden können weiterführende langfristige pädagogische Angebote, die eine vertiefende Beschäftigung mit dem Thema Antisemitismus ermöglichen, beworben werden.
- **... übliche Fortbildungsformate um weitere Formate – Fachberatung, kollegiale Fallanalysen oder Coaching-Angebote – zu ergänzen, um möglichst breite Zielgruppen zu erreichen.**
- **... Angebote zur Fort- und Weiterbildung von Lehr- und Fachkräften – hier auch der Polizei, Jugend(sozial)Arbeit, Verwaltung, Wissenschaft, Medien – stärker auszubauen und zu fördern.**
Die themenbezogenen Schulungen dürfen nicht ausschließlich projektbezogen, sondern als Teil der Ausbildung in den regelgeförderten Strukturen umgesetzt werden. Auch hier gilt es die verschiedenen Facetten von Antisemitismus einzubeziehen.
- **... pädagogisch-präventive Ansätze mit Lebenswelt- und Sozialraumbezug als besonders wirksam zu fördern.**
Verbindende Elemente können zum Beispiel Sport (insbesondere Fußball), Musik oder andere Formen der Freizeitgestaltung sein. Bundesprogramme wie »*Zusammenhalt durch Teilhabe*« (BMI) gehen bereits in diese Lebensbereiche hinein, indem sie die Zusammenarbeit mit großen zivilgesellschaftlichen Trägern wie der Sportjugend, Feuerwehr oder Hilfsorganisationen wie dem DRK fördern. Inhaltlich sollten die Programme allerdings noch stärker um das Thema Antisemitismus erweitert werden.
- **... Moscheegemeinden und muslimische Träger für die Arbeit gegen Antisemitismus zu gewinnen und gezielt Projekte zu fördern, die konkrete Maßnahmen im Bereich der interkulturellen, interreligiösen Begegnung- und Dialogarbeit mit jüdischen Partnern sowie Trägern politischer Bildung gegen Antisemitismus durchführen.**
Dabei kann die Einbeziehung muslimisch-sozialisierter Bildungsreferentinnen und -referenten von Vorteil sein, da sie durch ihre Biographie gewisse Identifikationsmöglichkeiten mit den Adressaten bieten sowie durch ihre kulturelle Nähe Fachkompetenzen zu Fragen des Islam mitbringen können.

- **... Präventionsmaßnahmen gegen religiösen Extremismus, insbesondere gegen salafistische Radikalisierung in Schulen, Moscheegemeinden und Jugendhilfe, weiter zu entwickeln.**
Erfolgsversprechende Konzepte sollten in der Breite implementiert werden. Dabei geht es v.a. darum, gefährdete Jugendliche in der Auseinandersetzung mit Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus zu stärken und ihnen Wege der gesellschaftlichen Partizipation aufzuzeigen.
- **... Bildungsangebote für den schulischen und außerschulischen Bereich zu entwickeln, die eine kritische Auseinandersetzung mit nationalistischer und islamistischer Propaganda, insbesondere aus der Türkei, aber auch aus anderen Herkunftsländern, ermöglichen.**
- **... der Kultusministerkonferenz eine dringend erforderliche, fachübergreifende Überarbeitung der Schulbücher zuSlenczkaSlenczka initiieren.**
Trotz wiederholter Empfehlungen u.a. der deutsch-israelischen Schulbuchkommission, wird Antisemitismus nach wie vor mehrheitlich und v.a. beschreibend im Kontext des Mittelalters und des Nationalsozialismus behandelt. Damit ein verstärktes Bewusstsein für die Aktualität von antisemitischen Bildern und Haltungen geschaffen werden kann, sollten im Rahmen der Bund-Länder-Kommission Richtlinien erarbeitet werden, die auf Länderebene Verbindlichkeit bei der Auseinandersetzung mit Antisemitismus im schulischen Kontext schaffen.
- **... für den Bereich der Hochschulen und Universitäten die stärkere Einbeziehung des aktuellen Antisemitismus in die entsprechenden Rahmenpläne und Curricula.**
Die Angebote sollten sich insbesondere an angehende Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und Erwachsenenbildnerinnen und -bildner richten. Beispielhaft hierfür sind Seminarreihen, die auch andere gesellschaftsrelevante Themen ansprechen und Antisemitismus explizit miteinbeziehen. Der Bezug zum jeweiligen Lern- und Berufsfeld kann durch Selbstreflexion und Praxisanalysen hergestellt werden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung sollte entsprechende Formate mit einem Förderprogramm initiieren.